



Ausbildung verbessern

Renate Meixner-Römer, MdL

Wenn wir über Schulpolitik reden, haben wir als erstes immer die Bildung der Schülerinnen und Schüler im Auge. Doch aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerät leider allzu oft die Ausbildung der jungen Menschen, die sich für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers entscheiden. Gerade gut ausgebildete und kompetente Lehrerinnen und Lehrer spielen eine entscheidende Rolle für den späteren schulischen Werdegang unserer Kinder.

Module werden oftmals nicht aufeinander abgestimmt. Die Stundenzahl des eigenverantwortlichen Unterrichts ist durch die Zunahme von qualitativen und quantitativen Anforderungen zu hoch.

Deshalb fordert die SPD, der Ausbildungsschule einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen und die Mentorentätigkeit während der Lehrerausbildung zu stärken. Gerade die

Zeit an einer Ausbildungsschule, wo u.a. der Austausch mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen wichtig ist, be-

reitet letztendlich junge angehende Lehrerinnen und Lehrer auf ihren Beruf gut vor. Eine bessere Ausbildung kommt allen zugute.

„Gute Lehrerausbildung sorgt für gute Qualität“

2005 hat die damalige CDU-Regierung das Lehrerbildungsgesetz novelliert, das viele inhaltliche Fehler und handwerkliche Mängel aufweist. Junge und unerfahrene Referendare sind heute weitestgehend auf sich selbst gestellt. Ausbildungs-



Mehrsprachigkeit als Chance

Turgut Yüksel, MdL

Das Erlernen der deutschen Sprache ist für Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Schlüssel für den Zugang auf dem Arbeitsmarkt und für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe. Vor dem Hintergrund einer zunehmend international verflochtenen Ökonomie will die SPD-Fraktion beides fördern: Die Herkunftssprache und die Landessprache – also deutsch.

Die SPD-Fraktion begreift junge Menschen mit Migrationshintergrund auch nicht als Problemgruppe, sondern sieht in der Bilingualität ein ausgesprochen kreatives Potential für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir wollen mehr bilingualen Unterricht, unabhängig davon ob ein Kind einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Denn das sichere Beherrschen mindestens einer Fremdsprache ist heute für nahezu jedes Kind Voraussetzung für seinen späteren beruflichen Erfolg.

Wir wollen:

- muttersprachlichen Unterricht wieder in den Regelunterricht integrieren,
- bilinguale Angebote in Grund- und weiterführenden Schulen ausbauen,
- Lehrerinnen und Lehrer durch Qualifizierungsmaßnahmen fit machen für die multikulturelle Realität an hessischen Schulen,
- die Herkunftssprache als zweite oder dritte reguläre Fremdsprache an unseren Schulen, die möglichst flächendeckend belegt werden kann.

All dies setzt eine enge Kooperation zwischen Schulträgern, Kultusministerium und Schulgemeinden voraus. Sozialdemokratische Bildungspolitik setzt deshalb auf den Dialog mit allen und nicht auf ein Diktat von oben.



Gute Bildung von Anfang an

Regine Müller, MdL

Kinder im Alter zwischen 0 und 10 Jahren sind lernbereit, aufnahmefähig und neugierig wie in kaum einem anderen Lebensabschnitt. Unser Ziel ist, jedes Kind so zu fördern, dass es sich motiviert und mit Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten auf den Weg zum höchstmöglichen Bildungsabschluss macht. Kein Kind darf deshalb durch zu frühe Auslese um seine Bildungschancen gebracht werden.

Die Fähigkeit, Interesse aufzubringen, sich auf eine Sache zu konzentrieren, mit Freude und Motivation zu lernen, Rückschläge und Schwierigkeiten zu überwinden und sich sozial zu verhalten, wird im Kindergarten- und Grundschulalter eingeübt. Übergänge vom Elternhaus in eine Tageseinrichtung und von der Tageseinrichtung

in die Schule müssen deshalb eng vernetzt und für alle Kinder angstfrei gestaltet werden. Früh einsetzender Leistungsdruck und das Wissen, im Alter von neun oder zehn Jahren bereits „sortiert“ zu werden, ist jedoch bei vielen Kindern äußerst präsent. Die SPD-Fraktion setzt deshalb auf eine liebevolle, verlässliche und anspruchsvolle Erziehung und Betreuung von Anfang an. Auf einen Übergang vom Kindergarten in die Schule ohne abrupte Veränderung der Lernsituation. Auf eine individuelle Eingangsstufe, längeres gemeinsames Lernen, keine „Aussortieren“ nach der vierten Klasse und qualifizierte Betreuung und Bildung. Dies sind die besten Voraussetzungen für Bildungsgerechtigkeit, von denen unsere Kinder, ihre Eltern und unsere Gesellschaft profitieren.

„Kleine Kinder – Große Chancen.“

entschieden sozial modern



SCHULINFO

Landtagsfraktion Hessen

SPD

der SPD-Landtagsfraktion Hessen zur aktuellen Bildungspolitik - 1/2008

Das Schulinfo der SPD-Landtagsfraktion informiert Sie über den aktuellen Stand der bildungspolitischen Diskussion in Hessen.

Impressum

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel: 0611/350-519, Fax: 0611/350-511
www.spd-fraktion-hessen.de, info@spd-fraktion-hessen.de
Erscheinungsdatum: Oktober 2008
Redaktion: Gert-Uwe Mende (V.i.S.d.P.), Pressestelle
Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit
Martin Rabanus, Referent für Bildung
Gestaltung: augenfällig, Wiesbaden
Bilder: DIGITALstock

Kinder brauchen Chancen u. Perspektiven



Aktuelle Infos zur hessischen Bildungspolitik finden Sie unter

www.wissenwollen.de oder
www.spd-fraktion-hessen.de

EDITORIAL


Schulpolitik nach neuem Muster

In den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode hat die SPD-Landtagsfraktion neue Akzente in der Schulpolitik gesetzt. Mit Mehrheiten gegen die CDU wurde das Hessische Schulgesetz in einer ersten Novellierung verändert. Eine andere Bildungspolitik kann jedoch erst mit dem Haushalt 2009 gestartet werden. Frühkindliche Bildung, Schuleingangsstufe, Ganztagschule und individuelle Förderung gelingen nicht ohne zusätzliche finanzielle Ressourcen.

Mit ersten kleinen Schritten haben wir Kurs auf unser Ziel genommen, Chancengleichheit in der Bildung herzustellen. Die Querversetzung als Regelinstrument wurde abgeschafft. Ein neues Konzept für Verlässliche Schule gibt den Schulen die Möglichkeit, feste Verträge abzuschließen. Pädagogische Betreuung und Projekte sollen den Unterricht ergänzen oder ausfallenden Unterricht ersetzen. Wo Unterricht drauf steht, müssen auch Lehrer drin sein.

Um die Gefährdung von Schulstandorten zu stoppen, hat die SPD-Fraktion die Richtwerte zur Klassenbildung abgeschafft. Mit der Festschreibung der Zweizügigkeit wurde die Gründung von Integrierten Gesamtschulen erheblich erleichtert. Und auf Antrag der SPD beendete der Landtag endlich die unsoziale Praxis, BAT-Kräfte in den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Schulpolitik in Hessen ist zurzeit ein bunter Flickenteppich, jedoch gewebt nach einem neuen Muster. Ein neues Schulgesetz aus einem Guss in Zusammenarbeit mit Schulen und Eltern ist jetzt die Aufgabe, die vor uns liegt.


Heike Habermann,
Bildungspolitische Sprecherin

Hessens Schulen brauchen den Wechsel



Andrea Ypsilanti, SPD Fraktionsvorsitzende

Seit der Landtagswahl im Januar dieses Jahres hat sich manches an den hessischen Schulen geändert. Während der geschäftsführende Kultusminister Banzer sich darauf beschränkt, die Trümmer zu beseitigen, die seine Vorgängerin hinterlassen hat, richtet die SPD im Landtag den Blick nach vorn und gestaltet aus dem Parlament heraus eine moderne Bildungspolitik.

So ist auf Antrag der SPD die so genannte „Unterrichtsgarantie plus“ durch ein System zur Sicherung verlässlicher Schulzeiten ersetzt worden. Seit Schuljahresbeginn können die

Schulen frei und selbst bestimmt über den Einsatz der Mittel entscheiden, um pädagogisch hochwertige Angebote zu organisieren, auch wenn der Unterricht einmal ausfällt.

Ebenfalls auf Antrag der SPD sind die Richtwerte zur Klassenbildung, die zu immer größeren Klassen und zur Gefährdung von Schulstandorten in der Fläche geführt haben, aus dem Schulgesetz gestrichen worden.

Darüber hinaus hat die SPD dafür gesorgt, dass die Querversetzung nur noch als absolute Ausnahme angewandt und dass Eltern künftig nicht mehr

an den Schülerbeförderungskosten beteiligt werden können. Die SPD hat immer darauf bestanden, dass der Zugang zu Bildungsangeboten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden darf. Auch das ist eine gute Nachricht für Hessens Eltern und Schüler: Die Studiengebühren sind abgeschafft worden.

Für die SPD sind die wichtigsten Punkte der Arbeit der nächsten Monate die Weiterentwicklung und Stärkung der frühen Bildung, der Ausbau von Ganztagschulen in offener und gebundener Form, die Stärkung des gemeinsamen Lernens und weitere Veränderungen bei G8.

Für eine gute Bildungspolitik reicht es nicht, die parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, denn gerade hier kann aktives Regierungshandeln viel Richtiges bewegen. Deshalb bleibt es unser Ziel, eine neue Regierung zu bilden, um den Kurs zu mehr Bildungsgerechtigkeit konsequent zu verfolgen.

Ihre

Andrea Ypsilanti, MdL,
SPD Fraktionsvorsitzende

Gemeinsamen Unterricht ausbauen



Christoph Degen, MdL

Gemeinsames Leben und Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung („Gemeinsamer Unterricht“) ist möglich und für alle Beteiligten gewinnbringend. In Hessen, einst Vorreiter der Integrationsbewegung, ist der Gemeinsame Unterricht von der geschäftsführenden Landesregierung in den vergangenen Jahren jedoch stiefmütterlich behandelt worden. Standen im Zuweisungserlass 1999 noch 552

Stellen zur Verfügung, sind es zum Schuljahr 2008/2009 nur noch 520,1 Stellen. Obwohl die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Förderschule besuchen, im gleichen Zeitraum massiv gestiegen ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen an den Regelschulen auszubauen. Als ersten Schritt haben wir gefordert, 50 wei-

terer Lehrerstellen für den Gemeinsamen Unterricht zu schaffen. Künftig ist von einem weiter steigenden Bedarf auszugehen. Unser Ziel ist, nach einer umfassenden Bedarfsermittlung weitere Maßnahmen zum Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts auf den Weg zu bringen.

**„Es ist normal,
verschieden
zu sein.“**

Sackgasse Hauptschule

Heike Habermann, MdL



Man kann die Hauptschule nicht abschaffen, weil man die Hauptschüler nicht abschaffen kann, ist immer wieder von der hessischen CDU zu hören. Mit SchuB-Klassen und Ganztagskonzepten soll das unausweichliche Ende der Hauptschule verzögert werden. Schließlich gelingt es ab Klasse 7 immer noch, die erforderliche Klassenstärke zu erreichen, wenn Schüler und Schülerinnen aus den ebenfalls zahlenmäßig zurückgehenden Förderstufen kommen oder von einer anderen Schulform abgehen müssen.

Das CDU-regierte Hessen ist eines der letzten Bundesländer,

das bisher standhaft das eherne Prinzip des dreigliedrigen Schulsystems hochhält und damit Bildungschancen von Kindern zerstört. Immer weniger Eltern wollen ihr Kind freiwillig an eine Hauptschule geben, obwohl in dieser Schulform besonders engagierte Pädagogen arbeiten, die ihre Schüler und Schülerinnen bestmöglich fördern. Eltern wissen, dass auch die engagierteste Hauptschule und der beste Hauptschulabschluss kein Garant für eine gute Berufsperspektive ihrer Kinder ist. Das alles ist unverantwortlich gegenüber den betroffenen Kindern und gesellschaftlich und volkswirtschaftlich eine grobe

Fahrlässigkeit. Das Festhalten an drei fiktiven Begabungsarten zerstört die Bildungschancen von jungen Menschen nicht nur in der Hauptschule sondern auch im weiteren Lebensweg.

Lebenslanges Lernen will auch gelernt sein. Wer es ernst meint mit dem Satz „Kein Kind wird zurückgelassen“, muss in Ganztagschulen und gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe investieren. Künstliche Beatmung für die Hauptschule hilft da nicht.

Bessere Unterrichtsqualität statt G8

Karin Hartmann, MdL



Trotz der Erkenntnis, dass G8 zu Lasten von Schülerinnen und Schülern und zu Lasten von Unterrichtsqualität geht, setzt der geschäftsführende CDU-Kultusminister weiterhin auf eine Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I. Statt über kleinere Klassen und qualifizierte Ganztagsangebote (nicht nur an Gymnasien) die Rahmenbe-

dingungen für sinnvolle Schulzeitverkürzungen zu schaffen, werden weitere Bildungsbarrieren aufgebaut. Alternativ zu einer Schulzeitverkürzung in der Klasse 5 bis 10 hält die SPD es für sinnvoller, über die Einführung flexibler Schuleingangsstufen eine frühe Förderung zu ermöglichen und das Schuleintrittsalter zu

senken. Verbunden mit der Möglichkeit, einer Schulzeitverkürzung in der Oberstufe und der Verringerung der Zahl von Sitzenbleibern, könnte damit das Durchschnittsalter von Abiturienten gesenkt werden – ohne dass die Bildungsqualität darunter leidet. Gerade unter dem Gesichtspunkt der internationalen Wett-

bewerbsfähigkeit besteht mehr Handlungsbedarf, die Zahl der der Bildungsverlierer und Absolventen ohne Schulabschluss zu reduzieren, als Gymnasiasten eine G8-Schulzeitverkürzung um jeden Preis aufzuerlegen.